

Ressort: Finanzen

Arbeitgeber warnen Union und SPD vor Solidarrente

Berlin, 13.12.2017, 07:08 Uhr

GDN - Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer hat Union und SPD vor der Einführung einer Solidarrente für Geringverdiener gewarnt. "Die Solidarrente wäre eine weitere, teure Ausweitung des Sozialstaates - finanziert vom Steuerzahler", sagte der Chef der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe) vor dem Treffen der Partei- und Fraktionschefs am Mittwochabend.

Zudem widerspreche die Solidarrente dem Grundsatz, dass sich die Rentenhöhe nach den eingezahlten Beiträgen richte. "Es darf doch nicht sein, dass jemand, der 34 Jahre lang höhere Beiträge bezahlt hat, am Ende weniger Rente bezieht, als jemand, der in 35 Jahren weniger einbezahlt hat", argumentierte Kramer. "Dieser bekommt dann nämlich nach den Vorstellungen der SPD oben drauf die Solidarrente und hat dann am Ende womöglich mehr. Das wäre doch eine Renten-Ungerechtigkeit und keine Renten-Solidarität", sagte Kramer.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-99151/arbeitgeber-warnen-union-und-spd-vor-solidarrente.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com